

## Mündliche Anfragen

zur 22. Fragestunde

in der 81. Plenarsitzung vom 30. November 2023

1. Anfrage des Abg.  
Nikolai Reith FDP/DVP

Eingang: 8.11.2023

### Schulbauförderung im Landkreis Tuttlingen

- a) Ist der Landesregierung bekannt, vor welchen großen finanziellen Herausforderungen die Kommunen im Landkreis Tuttlingen im Einzelnen hinsichtlich des umfangreichen Umbaus der Gymnasien am Standort Tuttlingen stehen?
- b) Will sie z. B. durch eine Novellierung der Verwaltungsvorschrift Schulbauförderung eine Verbesserung herbeiführen?

2. Anfrage der Abg.  
Katrin Steinhilb-Joos SPD

Eingang: : 9.11.2023

### Die Finanzierung und Förderung des Studienprofils „Antisemitismuskritische Bildungsarbeit“ an den Hochschulen des Landes

- a) Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, das Studienprofil „Antisemitismuskritische Bildungsarbeit“ der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg finanziell, z. B. mit Mitteln für eine E 13-Stelle und entsprechenden Sachmitteln, zu unterstützen?
- b) Plant sie, Maßnahmen zu ergreifen, um die Einrichtung des Studienprofils „Antisemitismuskritische Bildungsarbeit“ in weiteren Pädagogischen Hochschulen des Landes zu fördern?

3. Anfrage des Abg.  
Nico Weinmann FDP/DVP

Eingang: : 9.11.2023

### Anwendung des Münchner Sonderleitfadens im Umgangsrecht

- a) Inwieweit findet der sogenannte Münchner Sonderleitfaden zum Umgangsrecht in Baden-Württemberg bisher Anwendung?
- b) Wie beurteilt die Landesregierung die Anwendung des Münchner Sonderleitfadens unter besonderer Berücksichtigung der Schutzwirkung für von Gewalt betroffene Kinder und Ex-Partner?

4. Anfrage des Abg.  
Miguel Klauß AfD

Eingang: : 10.11.2023

#### **Kundenzufriedenheit der Bahnkunden**

- a) Welche Daten hat die Landesregierung über die Entwicklung der Kundenzufriedenheit der Bahnkunden im Land?
- b) Wie hat sich nach ihrer Kenntnis die Einführung des Deutschlandtickets auf die Entwicklung der Kundenzufriedenheit der Bahnkunden im Land, insbesondere im Hinblick auf Komfort, Sicherheit und Pünktlichkeit, ausgewirkt?

5. Anfrage des Abg.  
Miguel Klauß AfD

Eingang: : 10.11.2023

#### **Geltungsbereich des Begriffs „Frauenparkplätze“**

- a) Bezieht sich die Empfehlung, Frauenparkplätze für Frauen freizuhalten, auf das biologische, das juristische oder das soziale Geschlecht der Person, also geht es darum, welchem Geschlecht jemand im Sinne der Biologie angehört, welches Geschlecht in seinem Ausweis eingetragen ist oder welchem Geschlecht sich die Person gerade zuordnet?
- b) Aus welchem Grund sieht die Landesregierung eine Schutzbedürftigkeit, die eine Aufforderung, Parkplätze speziell für Frauen freizuhalten, rechtfertigt, im Hinblick auf die jeweilige Geschlechterdefinition, und inwiefern gedenkt sie, die zugrundeliegende Definition des Wortes „Frau“ so zu kommunizieren, dass der Ausdruck „Frauenparkplatz“ von den Adressaten der Aufforderung richtig verstanden wird?

6. Anfrage des Abg.  
Ruben Rupp AfD

Eingang: : 10.11.2023

#### **Nachfrage zur Antwort der Landesregierung im Rahmen der Fragestunde zu der Mündlichen Anfrage des Abg. Rupp, Drucksache 17/5544 Ziffer 7 – Inanspruchnahme von Kommunen infolge des Nahostkonflikts**

- a) Warum hat die Landesregierung nach der Veröffentlichung der Flüchtlingszahlen der UN im Rahmen des Nahostkonflikts keine Bundesratsinitiative zur Blockade einer Massmigration durch den Nahostkonflikt angestrebt und stattdessen mit fehlender Gesetzgebungskompetenz argumentiert?
- b) Warum hat die Landesregierung im Angesicht der durch den Nahostkonflikt ausgelösten derzeitigen Flüchtlingssituation nicht klar öffentlich geäußert, dass Baden-Württemberg keine Migranten mehr aus dem Nahen Osten aufnehmen kann, und somit möglicherweise die Kommunen vor einer weiteren Inanspruchnahme bewahrt?

7. Anfrage des Abg.  
Hans-Peter Storz SPD

Eingang: : 10.11.2023

#### **Ausbau und Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn**

- a) Welche zusätzlichen Ausbaumaßnahmen sind aufgrund der eisenbahnbetriebswissenschaftlichen Untersuchung (EBWU) für den Ausbau und die Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn erforderlich?
- b) Wann wird die Landesregierung den Lenkungskreis für die Bodenseegürtelbahn einberufen und einen Finanzierungsvorschlag – mit einem höheren Finanzierungsanteil des Landes – für die erheblichen Mehrkosten des Gesamtprojekts vorlegen?

8. Anfrage des Abg.  
Jonas Weber SPD
- Eingang: : 10.11.2023
- „Ewigkeitschemikalien“: Wie steht die Landesregierung zu einem umfassenden PFAS-Verbot?**
- a) Welche Haltung hat die Landesregierung zu dem von der EU angestrebten Verbot von sogenannten PFAS-Verbindungen (PFAS = per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen)?
- b) Wie erklärt es sich, dass – scheinbar ohne Abstimmung innerhalb der Regierung – die Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus und die Ministerin für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft hierzu unterschiedliche Auffassungen äußern?
9. Anfrage der Abg.  
Gabriele Rolland SPD
- Eingang: : 13.11.2023
- Freiwillige Feuerwehr Schallstadt**
- a) Unterstützt die Landesregierung die Gemeinde Schallstadt in den Verhandlungen mit der Deutschen Bahn in Bezug auf die Finanzierungsmöglichkeiten bei der Erweiterung des Materialhauses der Freiwilligen Feuerwehr, weil zwei zusätzliche Fahrzeugboxen benötigt werden, die sich aus den erhöhten Anforderungen im Bevölkerungsschutz anlässlich des Ausbaus der Rheintalbahn und des bevorstehenden Tunnelbaus ergeben?
- b) Welche Möglichkeiten sieht sie, die Gemeinde Schallstadt angesichts ihres enormen Mittelbedarfs beim Bau neuer Feuerwehrgerätehäuser in den Ortsteilen Schallstadt und Mengen mit einem erhöhten Zuschuss finanziell zu fördern?
10. Anfrage der Abg.  
Katrin Steinhilb-Joos SPD
- Eingang: : 14.11.2023
- Rechtmäßigkeit der Verordnung über die Einrichtung der Waffenverbotszone in Stuttgart**
- Welche Auswirkungen hat es auf die in Stuttgart durch einen Beschluss des Gemeinderats am 3. Februar 2023 in Kraft getretene Rechtsverordnung zur Einrichtung einer Waffenverbotszone (Gemeinderatsdrucksache 780/2022), dass gemäß der Korrektur der Antwort des Innenministeriums auf die Kleine Anfrage Drucksache 17/3581 vom 9. November 2023 eine Waffenverbotszone in Form einer Rechtsverordnung durch den Oberbürgermeister als Kreisbehörde nach § 44 Absatz 3 Satz 1 Halbsatz 2 der Gemeindeordnung in Verbindung mit der zugrunde liegenden Waffenverbotssubdelegationsverordnung des Innenministeriums erlassen werden müsste?
11. Anfrage des Abg.  
Nikolai Reith FDP/DVP
- Eingang: : 14.11.2023
- Unterstützung des Projekts „Toiletten für alle“**
- a) Ist ein Förderaufruf für das Projekt „Toiletten für alle“ für das Jahr 2024 geplant?
- b) Falls nicht: Erwägt die Landesregierung eine Wiederaufnahme des Förderprogramms oder eine Alternative hierzu und, wenn ja, zu welchem Zeitpunkt?
12. Anfrage der Abg.  
Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD
- Eingang: : 15.11.2023
- Nordisches Modell betreffend Prostitution und Sexkaufverbot**
- Wie steht die Landesregierung – mit Blick auf die Betroffenheit baden-württembergischen Behörden – zum Nordischen Modell betreffend Prostitution und einem Sexkaufverbot vor dem Hintergrund der Aussage von Bundeskanzler Olaf Scholz vom 15. November 2023, es sei nicht akzeptabel, wenn Männer Frauen kauften?

13. Anfrage des Abg.  
Daniel Karrais FDP/DVP  
Eingang: : 16.11.2023
- Evaluation der Fotovoltaikpflicht**
- a) Wie bewertet die Landesregierung den Erfolg der Einführung der Fotovoltaikpflicht auf Neubauten von Nichtwohngebäuden hinsichtlich des tatsächlichen Zuwachses an Fotovoltaikanlagen auf solchen Neubauten?
- b) Inwieweit ist ihr bekannt, ob die Einführung der Fotovoltaikpflicht zu Verzögerungen oder gar Nichtrealisierungen von Bauvorhaben von Nichtwohngebäuden geführt hat?
14. Anfrage des Abg.  
Stephen Brauer FDP/DVP  
Eingang: : 23.11.2023
- Geplante Neuerungen und Fahrplangestaltung auf der Tauberbahn**
- a) Wie steht die Landesregierung zu den Vorschlägen sowohl des Betreibers der Westfrankenbahn als auch der Initiative „Pro Tauberbahn“ zur Verbesserung und Ertüchtigung des Schienenverkehrs auf dem gesamten Streckenabschnitt zwischen den Bahnhöfen in Crailsheim und in Wertheim?
- b) Wird sie mit den Beteiligten noch in diesem Jahr eine gemeinsame Lösung anstreben, um eine Verbesserung der Situation auf der Tauberbahn im Jahr 2024 zu erreichen?
15. Anfrage des Abg.  
Dr. Erik Schweickert  
FDP/DVP  
Eingang: : 27.11.2023
- Folgen im Falle einer gescheiterten Konzessionsvergabe bei nicht wasserstofffähigen Gasnetzen**
- a) Welche Folgen hätte eine gescheiterte Konzessionsvergabe für nicht wasserstofffähige Gasnetze im Hinblick auf die Gas- bzw. Wärmeversorgung für die Kommunen und die Konsumenten, beispielsweise im Hinblick auf die Pflicht zur Erstellung einer Wärmeplanung durch die Städte und Gemeinden, die Ertüchtigung des Gasnetzes hin zur Wasserstofffähigkeit oder den Austausch von Heizungen?
- b) Inwiefern sind die Kommunen vor dem Hintergrund, dass sie eine Wärmeplanung vorlegen müssen, dafür zuständig, die Gasnetze auf eigene Kosten (wasserstofffähig) zu ertüchtigen, auch um dann einen neuen Konzessionsnehmer finden zu können?
16. Anfrage des Abg.  
Dr. Erik Schweickert  
FDP/DVP  
Eingang: : 27.11.2023
- Auswirkungen geänderter Grundsteuerhebesätze auf den kommunalen Finanzausgleich**
- a) Inwiefern werden sich Änderungen der Grundsteuerhebesätze im Zuge des neuen Grundsteuermodells unter der Annahme der aufkommensneutralen Gestaltung pro Kommune auf die jeweiligen Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich auswirken und so gegebenenfalls indirekt für deutliche Verschiebungen der Einnahmen sorgen, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass sich die Grundsteuerhebesätze im Vergleich zum Ist-Zustand nicht gleichmäßig ändern werden?
- b) Inwiefern plant die Landesregierung Änderungen am bisherigen kommunalen Finanzausgleich, um die indirekten finanziellen Auswirkungen auf die jeweilige kommunale Finanzlage ausschließen zu können, oder plant sie Gegenteiliges, insbesondere Mindesthebesätze für die Grundsteuer oder anderes?